

# Feindliche Tätigkeiten gegen die DDR

23. April 1959

Information Nr. 226/59 – Ergänzung zum Bericht über die Ausnutzung Westdeutschlands und Westberlins zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und zur Organisierung einer aktiven feindlichen Tätigkeit gegen die DDR

## Quelle

BArch, MfS, ZAIG 185, Bl. 102–109.

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Kein Nachweis für externe oder interne Verteilung.

## Bemerkungen

Der in der Überschrift genannte Bericht wurde am 7.8.1958 verfasst, 1959 als Information Nr. 250 erstellt, aber weder inner- noch außerhalb des MfS verteilt.

## Verweise

Informationen [475/59](#) und [250/59](#).

Die im o. g. Bericht angeführten Einzelheiten über die Feindtätigkeit gegen die DDR und besonders über die Rolle Westberlins als NATO-Stützpunkt werden durch eine Reihe übereinstimmender Materialien aus jüngster Zeit erneut vollinhaltlich bestätigt. Darüber hinaus werden seit den Vorschlägen der Sowjetunion, Westberlin den Status einer freien Stadt zu geben und mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen,<sup>1</sup> von den imperialistischen Geheimdiensten und den Agentenzentralen<sup>2</sup> nicht nur alle Anstrengungen unternommen, um Westberlin als NATO-Stützpunkt zu halten, sondern es werden Maßnahmen getroffen, diesen Stützpunkt als Provokationszentrum weiter auszubauen und die Feindtätigkeit gegen die DDR in verstärktem Umfang fortzuführen, was sich besonders in der Suche und Anwendung neuer Methoden zeigt.

Diese Aktivität ist bei allen in Westberlin stationierten Geheimdiensten festzustellen. Ein gesteigerter Wert wird von allen imperialistischen Geheimdiensten auf Maßnahmen gelegt, die eine weitere Verbindung zu ihren Agenten auch in einer unvorhergesehenen Situation und unter erschwerten Verhältnissen garantieren sollen. So erhalten die Agenten in der letzten Zeit neben den Spionageaufträgen in verstärktem Maße die Anweisung, eine große Anzahl sogenannter »Toter Briefkästen« (TBK)<sup>3</sup> und Schleusen an allen Grenzen der DDR<sup>4</sup> zur Nachrichtenübermittlung anzulegen. Neben kleinen TBK zur Nachrichtenübermittlung sollen auch größere TBK angelegt werden, mit deren Hilfe Funkgeräte und andere Agentenausrüstungen in die DDR eingeschleust und versteckt werden sollen.

Eine neue Methode der imperialistischen Geheimdienste ist auch die überstürzte Ausgabe von Funkgeräten an Agenten, die bisher noch keine Ausbildung an diesen Geräten erhalten haben, mit dem Zweck, sie später auszubilden und die Geräte zum gegebenen Zeitpunkt zum Einsatz zu bringen. Dieses trifft besonders für den amerikanischen Geheimdienst und den Bundesnachrichtendienst zu. Dabei wurden vom amerikanischen Geheimdienst Funkzubehör und -unterlagen ausgegeben, die für eine Zeit von zehn Jahren ausreichen. Des Weiteren erhielten die Funkagenten des amerikanischen Geheimdienstes neue Codes, die erst nach Übergabe der Kontrollfunktionen an die DDR zur Anwendung kommen sollen.<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang gibt es auch Anzeichen, dass die imperialistischen Geheimdienste ihre Agenten in stärkerem Maße mit gefälschten DPA<sup>6</sup> ausstatten.

Alle in Westberlin stationierten Geheimdienste versuchen seit Bekanntwerden der sowjetischen Berlin-Vorschläge ihre Deckadressen in Westberlin durch Deckadressen in Westdeutschland zu ersetzen. In diesem Zusammenhang werden verstärkte Werbungen von geeigneten Personen in Westdeutschland vorgenommen und Maßnahmen zum aktiven Einsatz von Kurieren getroffen.

Des Weiteren setzen die in Westberlin stationierten Geheimdienste ihre verstärkten Bemühungen zur Werbung neuer Agenten mit den verschiedensten Mitteln und Methoden fort. Zur Erhaltung ihres Agentenapparates und um ein »Abspringen« schwankend gewordener Agenten zu verhindern, haben die imperialistischen Geheimdienste die Bezahlung erhöht, sodass für geringfügige Aufträge hohe Beträge ausgegeben werden.

Außer den allgemeinen Aufträgen zur Spionage auf ökonomischem, politischem und militärischem Gebiet wurden vom amerikanischen Geheimdienst detaillierte Aufträge erteilt, die die gegnerischen Aggressionsabsichten erneut bestätigen. Zum Beispiel erteilte der amerikanische Geheimdienst in Westberlin seinen Agenten den Auftrag, in der DDR Stellen aufzuklären, die als Landeplätze für Flugzeuge, Abwurfstellen für Material bzw. zum Absprung für Fallschirmjäger geeignet sind. (Diese Information darf nicht veröffentlicht werden.) Zur Tarnung seiner feindlichen Tätigkeit beabsichtigt der amerikanische Geheimdienst, für seine Mitarbeiter in Westberlin die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, um in einer eventuellen Freien Stadt unter dem Deckmantel eines »deutschen Staatsbürgers« die gegen die DDR gerichtete Tätigkeit fortzusetzen. Die Veränderungen bei den Agentenzentralen und -organisationen sollen im Wesentlichen dazu dienen, einmal ihre Tätigkeit besonders im Rahmen der psychologischen Kriegsführung wirksam zu verstärken und zu koordinieren und zum anderen ihre gesamte Feindtätigkeit besser zu tarnen, um alles Kompromittierende nicht bekanntwerden zu lassen. Vom »Europäischen Bildungswerk« (EBW), das seine Zentralen in Regensburg und in Düsseldorf hat, soll die schon seit Langem geplante Zweigstelle in Westberlin eingerichtet werden, um als ein Zentrum der ideologischen Diversion in Westberlin zu fungieren und die Feindtätigkeit der einzelnen Zentralen auf diesem Gebiet soweit wie möglich zu koordinieren. Deshalb soll diese Stelle auch eine große Zahl direkter Verbindungen zu staatlichen, politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sonstigen zu diesem Zweck ausnutzbaren Stellen unterhalten. Man spekuliert dabei auch auf eine schwere Erkennbarkeit dieser Feindzentralen wegen ihres »wissenschaftlichen Anstrichs«.

Eine ganze Reihe der bisher vorwiegend mit sogenannten V-Leuten arbeitenden Zentralen konzentriert sich bereits auf spezielle Gebiete der psychologischen Kriegsführung, wie Hetzflugblattherstellung und -verbreitung, Einrichtung neuer Stellen zur Kontaktaufnahme und Beeinflussung, wie Medikamentenausgabestellen u. a. Vom »Referat Mitteldeutschland« (Falken-SPD)<sup>7</sup> wurde z. B. eine »Leihbücherei für Jugendliche (der DDR)« eingerichtet, mit deren Hilfe man ein ständiges Anlaufen der Zentrale erreichen will. (Die Leihfrist für die Bücher beträgt drei Wochen). Die Bücher sind nach verschiedenen Interessengebieten ausgewählt, wobei unter »Politik« rein revisionistische, trotzkistische und Hetzbücher und -broschüren verbreitet werden. Die Ausgabe erfolgt gegen die Deckadresse. Dabei wird jeder Jugendliche karteimäßig registriert (Einschätzung der Personen, vollständige Personalien, Personalausweis Nr., Deckadresse, Interessengebiet u. a.).

Im Gegensatz zu der im Parteivorstand der SPD verbreiteten Meinung, die Agententätigkeit des Ostbüros<sup>8</sup> werde eingestellt und dafür eine Art »Büro für Wiedervereinigung« mit »politischen Aufgaben« geschaffen, erklärte der hauptamtliche Mitarbeiter des SPD-Ostbüros von *Loefen*,<sup>9</sup> das Ostbüro der SPD müsse jetzt um eine »neue, sozialdemokratische Form« der Feindtätigkeit kämpfen; nach seiner Meinung unter der Losung »Rettet die Freiheit« und unter Anpassung an die allgemeinen Erfordernisse der psychologischen Kriegsführung. Neben all diesen Varianten befasst sich das SPD-Ostbüro aber nach wie vor intensiv mit Spionage und Agententätigkeit, was auch für alle anderen Agentenzentralen gilt. So wurden in der letzten Zeit vom SPD-Ostbüro Bürger der DDR brieflich zur Republikflucht und zur Feindtätigkeit gegen die DDR aufgefordert.

Die im Dezember 1958 von den Sicherheitsorganen der DDR festgenommene Agentin des SPD-Ostbüros, *Cäcilie Silberstein*,<sup>10</sup> Dolmetscherin in der DIA Westexport,<sup>11</sup> wurde von dem Leiter der Nebenstelle des SPD-Ostbüros am Hohenzollerndamm, die den Decknamen »Oberhaus« führt, Dr. *Pritzel*<sup>12</sup> alias »Dr. Reinhardt« 1957 zur Spionage angeworben und erhielt den Decknamen »Wanda«. Für die Erledigung und Tarnung ihrer Spionagetätigkeit bekam sie eine Aktentasche mit Geheimpfach, Fotoapparat, Fotopapier und andere Gegenstände zum Entwickeln der Filme, die sie von wichtigen geheimen Unterlagen anfertigen sollte und auch anfertigte, u. a. von internstem Material des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.<sup>13</sup> Außerdem erhielt sie von *Pritzel* den Auftrag, zur Tarnung und besseren Möglichkeit der Spionage aktiv in der SED mitzuarbeiten. Sie führte bis zu ihrer Festnahme 30 Treffs mit dem Hauptagenten des Ostbüros der SPD durch.

Der im Dezember 1958 festgenommene [Name, Vorname] wurde im Dezember 1957 vom UfJ<sup>14</sup> zur Spionage und Hetzschriftenverbreitung angeworben und mit insgesamt fünf Hauptagenten des UfJ in Verbindung gebracht, von denen er die verschiedensten feindlichen Aufträge erhielt. Unter anderem schleuste er z. B. ca. 4 000 Hetzbriefe des UfJ in den demokratischen Sektor und verschickte diese durch die Post. Er berichtete laufend über interne Materialien von Gerichtsverhandlungen, von denen er aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit Kenntnis hatte und verteilte im Auftrage des Hauptagenten *Casemir*<sup>15</sup> alias »Dohrmann« Wahlflugblätter der West-CDU, was besonders für die Charakterisierung des UfJ aufschlussreich ist.

Um die Feindtätigkeit gegen die DDR und die sozialistischen Länder zu tarnen, wurden verschiedene Agentenzentralen umbenannt, z. B. das Ostbüro der DP<sup>16</sup> in »Büro für gesamtdeutsche Angelegenheiten«, das FDP-Ostbüro<sup>17</sup> in »Büro für Wiedervereinigung«, die Bruderschaft Freies Deutschland in »Union Freies Berlin«,<sup>18</sup> weil die alten Bezeichnungen zu kompromittiert und zu anrühlich waren. Von einer Veränderung ihrer Ziele kann indessen keine Rede sein, ihre Tätigkeit soll im Gegenteil – vor allem auf dem Gebiet der ideologischen Diversion – verstärkt werden, wie es z. B. vom SPD-Ostbüro, vom CDU-Ostbüro<sup>19</sup> u. a. praktiziert wird und wofür nach wie vor hohe Westgeldbeträge zur Verfügung gestellt werden.

Auch die offizielle Liquidierung der KgU,<sup>20</sup> die im Wesentlichen abgeschlossen ist, lässt erkennen, dass die Hauptlinie der Hintermänner, besonders der amerikanischen Stellen, die hinter der gesamten Feindtätigkeit gegen das sozialistische Lager und auch hinter diesen Maßnahmen stehen, offensichtlich in die Richtung geht, gewisse taktische, situationsgebundene Veränderungen nur bei den weniger bedeutungsvollen oder aber zu stark belasteten Agentenzentralen herbeizuführen. Dabei werden die wichtigsten Materialien, die für eine forcierte Feindtätigkeit verwendbar sind, vom Amerikaner übernommen. So haben amerikanische Stellen sämtliche Unterlagen der ehemaligen sogenannten »operativen« Abteilung VII der KgU an sich gezogen.<sup>21</sup>

Die von der KgU bisher im großen Umfang durchgeführten Hetzschriftenaktionen werden vom »Tarantel-Verlag«<sup>22</sup> übernommen und der Versand durch Ballons und Post wird über völlig private Adressen unter amerikanischer Regie und Finanzierung vorgenommen.

(Bezeichnenderweise werden die »Suchkartei« der KgU<sup>23</sup> u. a. weniger auswertbare Unterlagen von amerikanischen Stellen als rein deutsche Angelegenheit bezeichnet, für die von ihnen zukünftig kein Interesse mehr erwartet werden darf). Aber auch verschiedene hauptamtliche u. a. Agenten – auch der KgU – wurden vom amerikanischen Geheimdienst bzw. anderen westlichen Geheimdiensten übernommen, womit zur Genüge erwiesen scheint, dass die Auflösung der KgU u. a. offizielle Veränderungen lediglich eine Farce ist. Der ehemalige Hauptagent der KgU, *Bruhn*,<sup>24</sup> beispielsweise, warb Ende August 1958 im Auftrage eines westlichen Geheimdienstes den Arzt Dr. Joachim Förster<sup>25</sup> aus der DDR zur Spionage, zur Zuführung weiterer Spione und vor allem zur Abwerbung von Ärzten, Assistenten, Dozenten u. a. wissenschaftlichen Kräften vorwiegend aus dem Gesundheitswesen an.

Auch die Tätigkeit der staatsfeindlichen Studentengruppe an der Technischen Hochschule in Dresden beweist in starkem Maße den verbrecherischen Einfluss der westlichen Agentenzentralen.<sup>26</sup> So bestanden von der staatsfeindlichen Gruppe Verbindungen zur KgU, zum sogenannten Ministerium für gesamtdeutsche Fragen<sup>27</sup> und zur britischen Rundfunkgesellschaft BBC, deren Einflüsse sich in den Forderungen der konterrevolutionären Konzeption und den konspirativen Methoden der Feindtätigkeit dieser Gruppe zeigen, die den Sturz der Regierung der DDR; Auflösung der SED, Aufhebung der sozialistischen Planwirtschaft, Auflösung der LPG und Einverleibung der DDR in die Westzone zum Ziele hatten. Aus Westberlin wurden Schusswaffen, Sprengstoffe und Gift eingeschleust. So wurden bei den Mitgliedern der staatsfeindlichen Gruppe sieben Pistolen, Trinitrotoluol-Sprengstoff, Kaliumchlorat, Phosphor und verschiedene andere Chemikalien zur Herstellung von Spreng- und Brandsätzen sichergestellt

Dieses Bestreben, die studentischen Kreise in der DDR in großem Umfang und als besonders geeignet in die feindlichen Pläne einzubeziehen, geht mit der gleichen Eindeutigkeit auch noch aus einer Reihe anderer Hinweise hervor. In Verbindung mit der Organisation »Rettet die Freiheit«<sup>28</sup> planen westdeutsche reaktionäre Studentenkreise, deren sogenannte gesamtdeutsche Arbeit zum größten Teil vom »Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen« finanziert wird, die Arbeit unter den Studenten der DDR zur Unterminierung der DDR zu verstärken. Ein Arbeitskreis des »Ringes christlich demokratischer Studenten« (RCDS), der Studentenorganisation der CDU geht dabei von den Spekulationen aus, dass bei einem Putsch »an allen Brennpunkten« in der DDR die Studenten die führende Rolle spielen müssen, da mit einer »aktiven Mitwirkung« der Arbeiter – wie am 17.6.1953 – nicht mehr zu rechnen sei. Die Vorbereitungen müssten so durchgeführt werden, dass ein künftiger Putsch zu einer Angelegenheit der UNO gemacht und das Eingreifen sowjetischer Truppen verhindert werden könnte. Zur Vorbereitung sollen nach den feindlichen Plänen an fast allen Universitäten und Hochschulen der DDR konspirative Dreiergruppen gebildet werden, die entsprechende Aufträge und finanzielle Mittel über Kuriere oder – wenn möglich – durch die Post erhalten und deren Tätigkeit von Westdeutschland aus koordiniert werden soll. Das Schwergewicht soll auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fakultäten gelegt werden. Außerdem soll die Beeinflussung der Studenten in der DDR allgemein durch »Patenschaften« seitens westdeutscher Universitäten und Studentenorganisationen, durch Einladungen zum Besuch Westdeutschlands, Versand von Hetzliteratur, großzügigere Unterstützung republikflüchtiger Studenten usw. verstärkt werden. Den Studenten soll klar gemacht werden, dass ihre aktive Mitwirkung an der Verwirklichung der feindlichen Pläne für sie materielle und ideelle Vorteile bringe und dass ein sorgenfreies Studium garantiert ist.

1

Am 27.11.1958 übergab das sowjetische Außenministerium den westlichen Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich eine Note, in der die Sowjetunion ankündigte, der DDR die volle Kontrolle über die Verbindungswege zwischen Westdeutschland und Westberlin zu übertragen, sollte es nicht innerhalb eines halben Jahres zu einer vertraglichen Vereinbarung der alliierten Mächte kommen, die Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt garantierte. Auch der im Januar 1959 durch die Sowjetunion vorgelegte Entwurf eines Friedensvertrages enthielt in Artikel 25 den Passus, Westberlin einen solchen Status zu geben.

2

Unter »Agentenzentralen« verstand das MfS antikommunistische Organisationen, die von der Bundesrepublik aus gegen die DDR agierten, wie die Ostbüros von SPD, CDU, FDP und DGB, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit oder der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen, aber auch staatliche Einrichtungen wie das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, die Notaufnahmelager für DDR-Flüchtlinge in Gießen, Uelzen und Berlin-Marienfelde, westliche Medien oder den Bundesnachrichtendienst bzw. die Organisation Gehlen als dessen Vorläufer.

3

Ein »Toter Briefkasten« ist ein geheim angelegtes und gut getarntes Versteck, das der Übermittlung von Mitteilungen, Materialien, Geräten und Geld zwischen Agenten und Kurieren eines Geheimdienstes dient, ohne dass sich die Benutzer des »Toten Briefkastens« begegnen oder kennenlernen müssen. Vgl. Stichwort »Toter Briefkasten«. In: Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zu »politisch-operativen Arbeit«. Berlin 1996, S. 372; Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit. 2., durchges. u. erw. Aufl., Berlin 2012, S. 333.

4

Als »Grenzscheulen« bzw. »operative Grenzscheulen« bezeichnete das MfS Übertrittsstellen an unübersichtlichen Örtlichkeiten, insbesondere in dichten Wäldern, an der Westgrenze der DDR und der Grenze zu Westberlin, an denen sowohl Personen als auch Material unter Umgehung der Grenzkontrollen über die innerdeutsche Grenze gebracht werden konnten. Vgl. Stichwort »Grenzscheule, operative« in: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit. 2., durchges. u. erw. Aufl., Berlin 2012, S. 112.

5

Mit »Übergabe der Kontrollfunktionen an die DDR« ist offensichtlich die Übergabe der vollständigen Kontrolle über die Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Westberlin an die DDR gemeint, die von der Sowjetunion in ihrer Note vom 27.11.1958 angekündigt wurde.

6

Der Deutsche Personalausweis (DPA) war das an die Bewohner der SBZ und ab 1949 der DDR ausgegebene Ausweisdokument. Der DPA wurde 1967 vom Personalausweis für Bürger der DDR (DDR-Personalausweis, PA) abgelöst.

7

Die »Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken« (SJD – Die Falken) sind ein 1904 gegründeter politischer Kinder- und Jugendverband, der der SPD nahesteht. In der Sowjetischen Besatzungszone erhielten die Falken keine Zulassung als Kinder- und Jugendverband. Sympathisanten wurden verfolgt. 1951 bis 1960 hielt das Referat Mitteldeutschland des Verbandes, das sich gemäß einem Grundsatz der Falken gegen die Wiederaufrüstung in Ost und West engagierte, mit 4 000 Jugendlichen in der DDR Kontakt. Vgl. Werkentin, Falco: Jugendopposition in den frühen Nachkriegsjahren Berlins. Die »Sozialistische Jugend Deutschlands – die Falken«. In: Horch und Guck, 18. Jg. Nr. 63 (1/2009), S. 62–65.

8

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

9

Hubertus von Loefen, Jg. 1914, hauptamtlicher Mitarbeiter im Ostbüro der SPD, zuständig für den Bereich der Sicherheitsorgane der DDR, der NVA und der Betriebskampfgruppen. Er arbeitete unter den Decknamen »Lau« bzw. »Stein«. 1962 wechselten von Loefen und seine Frau Johanna zum BND nach Frankfurt/M.

10

Cäcilie Silberstein, Jg. 1932, Diplomphilologin, Sozialdemokratin und vom NS-Regime verfolgte Jüdin, Studium in Leningrad, 1950–56 SED-Mitglied, Parteiaustritt infolge des Volksaufstandes in Ungarn, bis zu ihrer Verhaftung im November 1958 Dolmetscherin im DIA Invest-Export in Ostberlin, August 1959 Verurteilung zu 12 Jahren Zuchthaus vor dem Bezirksgericht Frankfurt/O. wegen Spionage für das Ostbüro der SPD, Haftmaß im Oktober 1960 durch Gnadenerweis auf 10 Jahre herabgesetzt. Vgl. Boll, Friedhelm: Sprechen als Last und Befreiung. Holocaust-Überlebende und politisch Verfolgte zweier Diktaturen. Bonn 2001, S. 96; Buschfort, Wolfgang: Die Ära Adenauer. Die »roten KZ's« und die Ostbüros der Parteien in den 1950er und 1960er Jahren. In: Haustein, Petra u. a. (Hg.): Instrumentalisierung, Verdrängung, Aufarbeitung. Die sowjetischen Speziallager in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 1945 bis heute. Göttingen 2006, S. 31; Wölbern, Jan Philipp: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen. Göttingen 2014, S. 247.

11

Gemeint ist das volkseigene Handelsunternehmen Deutscher Innen- und Außenhandel (DIA) Invest-Export, zuständig für den Export von Maschinen und sonstigem Equipment für Industrieanlagen. Das Unternehmen war dem Ministerium für Außenhandel unterstellt und befand sich in der Berliner Taubenstraße 7–9.

12

Konstantin Pritzel, Deckname »Dr. Reinhardt«, Jg. 1913, 1948–51 SED-Mitglied und Funktionär im DDR-Gesundheitswesen, nach Entlassung und Parteiausschluss im Herbst 1951 Übersiedlung nach Westberlin, bis 1961 Leiter des SPD-Ostbüros in Westberlin.

13

Als Antwort auf den vom US-amerikanischen Außenminister George C. Marshall entworfenen Plan zum Wiederaufbau der

westeuropäischen Länder gründeten die UdSSR, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien am 25.1.1949 den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem später weitere Staaten beitraten. Die DDR wurde im September 1950 Mitglied. Aufgabe dieser unter Führung der Sowjetunion stehenden Organisation war es, die sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen der beteiligten sozialistischen Länder allmählich auszugleichen sowie eine ökonomische Spezialisierung und Arbeitsteilung der Staaten untereinander zu erreichen. Auf diese Weise entstand eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Sowjetunion und den anderen RGW-Staaten. Vgl. u. a.: Dangerfield, Martin: Sozialistische Ökonomische Integration. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). In: Bernd Greiner, Bernd; Müller, Christian Th.; Weber, Claudia (Hg.): Ökonomie im Kalten Krieg. (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 1095). Bonn 2010.

14

Der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ) wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechthandlungen und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise wieder in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen 1950er-Jahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert, ihre Aktivitäten sind im Kontext der US-amerikanischen »Liberation Policy« zu sehen. Die Staatssicherheit bekämpfte den UfJ mit großem Aufwand und großer Härte, u. a. auch mit Entführungen. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

15

Helmut Casemir, Jg. 1915, Offizier der Volkspolizei, spionierte für den CIA und war unter dem Decknamen »Dohrmann« Hauptagent des UfJ, ab 1953 Referent im Sicherheitsapparat des UfJ.

16

Die Deutsche Partei war eine nationalkonservative Partei, die 1945 als Niedersächsische Landespartei gegründet und 1947 in Deutsche Partei umbenannt wurde. Sie war vor allem in den norddeutschen Bundesländern erfolgreich und dort auch in den Landtagen bzw. Bürgerschaften vertreten. 1949 zog sie in den Bundestag ein und war in den 1950er-Jahren auch an der Bundesregierung beteiligt. 1961 löste sie sich auf Bundesebene auf. Parteivorsitzender war von 1946 bis 1961 Heinrich Hellwege. Die 1993 neu gegründete Partei gleichen Namens sieht sich in der politischen Tradition der Deutschen Partei. Siehe u. a. Nathusius, Ingo: Am rechten Rand der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953. Dissertation, Univ. Mainz 1992.

17

Die FDP unterhielt seit 1950 ein Ostbüro, das vom ehemaligen LDP-Landesjugendreferenten Karl-Heinz Naase geleitet wurde und sich der Unterstützung von SED-kritischen Mitgliedern der LDPD, der Flüchtlingsbetreuung sowie der Informationsbeschaffung und Einschleusung von Propagandamaterialien in die SBZ/DDR widmete. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

18

Zur Existenz einer »Bruderschaft Freies Deutschland« konnten keine Hinweise gefunden werden.

19

Das Ostbüro der CDU wurde 1948 von dem in den Westen geflohenen ehemaligen Vorsitzenden der Ost-CDU, Jakob Kaiser, ins Leben gerufen. Es widmete sich der Unterstützung von SED-kritischen Mitgliedern der Ost-CDU, der Informationsbeschaffung und der Einschleusung von Informations- und Propagandamaterial in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

20

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

21

Seit 1953 gliederte sich die Organisation der KgU verwaltungsmäßig in sieben Abteilungen und ergänzend dazu nach systematischen Gesichtspunkten in neun Referate. Die Abteilung VII war mit operativen Aufgaben hinsichtlich »Ostpropaganda«, »Widerstand« und »Spionage« betraut. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln u. a. 2015, S. 68–72.

22

Die »Tarantel. Satirische Monatsschrift der Sowjetzone« war eine von Heinz W. Wenzel (Pseudonym: Heinrich Bär) in Westberlin herausgegebene und von den USA finanzierte Zeitschrift, die sich satirisch-kritisch mit den Verhältnissen in der DDR auseinandersetzte.

Sie wurde 1950 bis 1962 in Großauflagen von bis zu 300 000 Stück von Westberlin aus in die DDR geschleust. Vgl. Körner, Klaus: Ein »Phänomen« wird entlarvt. Antikommunistische Schriften gegen die DDR aus der Frühzeit der Bundesrepublik. In: Lokatis, Siegfried; Sonntag, Ingrid (Hg.): Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur. Berlin 2008, S. 156–167, hier 161. Siehe auch Schulz-Heidorf, Walter: Preis unbezahlbar – Die »Tarantel«. Heiße Lektüre im Kalten Krieg. Berlin 1997.

23

Ein wichtiges Arbeitsgebiet der KgU war der von ihr eingerichtete Suchdienst, der im Januar 1949 seine Arbeit aufnahm. Die KgU sammelte Informationen über verschleppte und verstorbene Häftlinge in den sowjetischen Speziallagern, die sie von entlassenen Inhaftierten erhielt. Diese zunächst formlos festgehaltenen Daten wurden später in einer Zentralkartei mit Informationen über Parteien, Massenorganisationen, staatliche Behörden und Einrichtungen, die von Informanten aus der SBZ und aus der Befragung von Geflüchteten stammten, zusammengeführt, sodass auch Zusammenhänge zwischen Verhaftungen und dem Agieren staatlicher Organe in der SBZ/DDR hergestellt werden konnten. Vgl. Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KgU. Bad Münstereifel 2000, S. 20–27; Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln u. a. 2015, S. 48–50.

24

Gerhard Bruhn, Jg. 1913, Mitarbeiter der KgU, 1951–57 Sachgebietsleiter der KgU für Mecklenburg sowie V-Mann-Führer, arbeitete unter den Decknamen »Stark« und »Schulze«. Vgl. Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KgU. Berlin, Bonn 2000, S. 93. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln u. a. 2015, S. 327.

25

Joachim Förster, Jg. 1932, Mediziner, ab 1957 tätig im Landambulatorium Schwanebeck, am 1.8.1959 vom Stadtgericht Berlin wegen »fortgesetzter Spionage« und wegen »fortgesetzter Verleitung zum Verlassen der DDR« zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

26

Von Studenten der Technischen Hochschule Dresden wurde 1956 der »Nationalkommunistische Studentenbund Deutschlands« gegründet. Diese Studenten hatten sich bereits Mitte der 1950er-Jahre noch als Schüler in Pirna und Grimma zusammengefunden und in Freundeskreisen aktuelle politische und hochschulpolitische Fragen diskutiert. Die insgesamt 14 Mitglieder gaben sich im Frühjahr 1958 ein 16-Punkte-Programm, das politische Forderungen wie Meinungs- und Pressefreiheit, freie Wahlen, Pluralismus der Ideologien, Auflösung des MfS, Aufhebung der Beschränkungen im Reiseverkehr u. a., enthielt, auf hochschulpolitischem Gebiet z. B. die Abschaffung der vormilitärischen Ausbildung der Studenten, die Einschränkung des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts und eine größere Freizügigkeit bei der Auswahl der Hochschule und der Studienfächer einforderten. Die Gruppe lehnte die Anwendung von Gewalt nicht grundsätzlich ab und besorgte sich Waffen und Sprengstoff. Sie initiierte Flugblattaktionen, beschaffte verbotene Literatur und versuchte Kontakt aufzunehmen zur Westberliner KgU und dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen. Am 29.1.1959 wurden die Mitglieder verhaftet und bereits im April 1959 lief der erste Prozess gegen vier von ihnen. Sie erhielten Zuchthausstrafen zwischen fünf und zehn Jahren. Am 23. April 1959 wurden sechs weitere Mitglieder in einem zweiten Prozess zu Zuchthausstrafen zwischen drei und sechs Jahren verurteilt. Vgl. Lienert, Matthias: Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989. Köln u. a. 2011, S. 91–162; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945–1961. Berlin 2003, S. 466–468. Vgl. die Informationen [12/59](#) und [118/59](#).

27

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen wurde 1949 gegründet und 1969 im Zuge der neuen Ostpolitik der Bundesregierung in Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten umbenannt. Alle diplomatischen Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR lagen formal im Zuständigkeitsbereich dieses Ministeriums, nicht des Auswärtigen Amtes.

28

Gemeint ist das von den CDU-Politikern Rainer Barzel und Franz Josef Strauß am 20.2.1959 in Köln gegründete, antikommunistische Komitee »Rettet die Freiheit«.